

## TTIP, CETA - Streitpunkt Schiedsgerichte

Susanne Weidelt

Damian Münzer erklärt in seinem Artikel „Warum gibt es Schiedsgerichte und welche Gefahren bergen sie?“<sup>(1)</sup> dass es schon im 17. Jahrhundert zu Streitfällen zwischen Investoren und Staaten kam. Die Einhaltung von Regeln bei risikoreichen Investitionen wurde durch die Heimatstaaten gesichert, notfalls mit Gewalt. Sanktionen, Blockaden oder militärische Interventionen waren an der Tagesordnung.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es die reale Gefahr der Enteignung, weil immer wieder Staaten sozialistisch wurden und Konzerne enteignet haben. Mit Hilfe von bilateralen Investitionsschutzabkommen wurden für solche Fälle Kompensationsmaßnahmen vereinbart, so dass der Staat nicht mehr kriegerisch eingreifen musste.

Schiedsgerichte sollen nun helfen schnelle Entscheidungen zu treffen, sodass die Unternehmen nicht den langwierigen Weg über nationale Gerichte gehen müssen. Somit wurden die Handelskriege in den Gerichtssaal verlagert, die Konflikte vor den internationalen Schiedsgerichten entschieden. In dieser Hinsicht sind die unparteiischen Entscheider ein Fortschritt, aber wem gehören die Institutionen und wer sind Kläger und Angeklagte? Im Streit zwischen zwei Unternehmen ist der Fall klar. Wurden die Investitionsverträge jedoch mit einer Regierung geschlossen wird der Staat und somit das Volk im Streitfall zum angeklagten. Das bedeutet, dass neben den ordentlichen Gerichten nun eine zweite Institution die Rechte der Bürger vertritt. Mit dem Unterschied, dass die „angeklagten“

Bürger oftmals gar nichts von ihrem „Glück“ wissen, weil im besten Fall die Vorgängerregierung Vertragspartner des investierenden Unternehmens war.

Es entscheiden Richter, die keiner öffentlichen Kontrolle unterliegen, nach einem Prinzip, dass der Wirtschaftsschlichtung entlehnt ist und nun auf Staaten angewendet wird und ohne Revisionsmöglichkeit. Wird ein Staat verklagt, werden öffentlichen Belange nicht berücksichtigt, demokratisch entstandene Gesetze können ausgehebelt werden.

Internationale Handelsabkommen wie TTIP, CETA oder auch JEFTA (zwischen EU und Japan) sollen solche Schiedsgerichte beinhalten. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

(1) <http://www.damianmuenzer.info/politikblog/>

### Impressum

Das Bürgerblatt ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bürgerkandidaten, die hier Themen veröffentlichen, für die sie sich einsetzen. [www.buergerkandidaten.de](http://www.buergerkandidaten.de)

Susanne Weidelt  
Ingo Weidelt: [ingo.weidelt@protonmail.com](mailto:ingo.weidelt@protonmail.com)



### DEMOCRACY App

Die App für politische Beteiligung und Diskussion.

<https://www.democracy-deutschland.de/>

## Demokratie hinter verschlossenen Türen

In der Schule wird gelehrt, dass Politik im Parlament gemacht wird, wo es öffentliche Debatten gibt und die Entscheidungen mehrheitlich getroffen werden.

Daneben gibt es das Weltwirtschaftsforum in Davos, G8-Gipfel, Bilderbergerkonferenz, Think-Tanks, Münchner Sicherheitskonferenz oder politische Stiftungen. Während das eine recht offiziell stattfindet, wird das andere bestenfalls in der Zeitung erwähnt oder sogar in Richtung Verschwörungstheorie über angebliche Weltherrschaften geschoben. Was dort genau besprochen und entschieden wird, weiß die Öffentlichkeit jedoch nicht.

Es besteht die begründete Befürchtung, dass hier Politik gemacht wird und Entscheidungen getroffen werden, die weder parlamentarisch diskutiert noch transparent nachvollziehbar sind. Und dass die Gesetzgebung in den Parlamenten diese Entscheidungen nur noch umsetzt.

Zum Weltwirtschaftsforum in Davos 2017 wurde über

das Grundeinkommen diskutiert. Zur Bundestagswahl 2017 hatten einige Parteien dieses Thema im Wahlprogramm. Doch welche der vielen Varianten unterstützen sie? Und was denkt die deutsche Bevölkerung darüber? Das wurde nicht diskutiert.

Beim G8-Gipfel 2013 beschlossen die Teilnehmer gegen Terrorismus und stabilitätsfeindliche Kräfte vorzugehen. Sie haben fünf Schwerpunktgebiete ermittelt. Aber nach welchen Kriterien wurden die Schwerpunkte ausgewählt und ab wann spricht man von stabilitätsfeindlichen Kräften? Werden darunter auch die Verfechter der Unabhängigkeit Kataloniens gezählt? Die Debatten werden nicht öffentlich geführt, man weiß es nicht.

Von der Bilderbergerkonferenz wird nur eine Teilnehmerliste veröffentlicht und das auch nur, weil der Druck der Öffentlichkeit immer stärker wurde. Das Internet bot hier die Möglichkeit Information über Tagungsorte und Teilnehmer schnell zu verbreiten

und Demonstrationen zu organisieren. Worüber sprechen diese Leute? Treffen Sie letztlich Entscheidungen? Oder legen sie politische Schwerpunkte fest? Warum bleibt der Inhalt der Konferenz geheim?

Vor einem Jahr, am 1. Juni 2017 hat Georg Soros auf dem Wirtschaftsforum in Brüssel eine Rede gehalten.<sup>(1)</sup> Thema war, dass die EU-Staaten gemeinsam mehr investieren müssen, um auf Probleme wie die Flüchtlingskrise reagieren zu können. Dazu gehören auch höhere Investitionen in Afrika. Am 13. Juni wurde in Berlin zur G20-Afrika-Konferenz die Initiative "Compact with Africa" beschlossen.<sup>(2)</sup> Im November forderte die deutsche Kanzlerin vor Reiseantritt zum EU-Afrika-Gipfel die Staaten zu mehr Investitionen in Afrika auf.

(1)<http://www.voltairenet.org/article196653.html>

(2)<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/06/2016-06-12-merkel-g20-afrika-konferenz.html>

**Ingo Weidelt, Bürgerkandidat WK 65 Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz in Brandenburg, Lindenau**

### Petition – jetzt mitzeichnen

CDU/CSU und SPD - auf erneute Erhöhung staatlicher Zuschüsse für Parteien verzichten!

[change.org/Parteienfinanzierung](http://change.org/Parteienfinanzierung)

